

erreicht wird. Ich sage offen, daß nach unserer Meinung der Hektarertrag ungenügend ist. So wie in der Industrie der Arbeitsenthusiasmus entfaltet wurde zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Durchbrechung der alten technischen Normen, ist es auch notwendig, in der Landwirtschaft einen Umschwung herbeizuführen.

Die Hauptaufgabe in der Landwirtschaft ist die weitere Steigerung des Ertrages der landwirtschaftlichen Kulturen und die Erhöhung der Produktion tierischer Erzeugnisse. Die Ergiebigkeit pro Hektar muß mindestens um 10 Prozent gegenüber 1948 gesteigert werden. Die Anbaufläche ist um 67 000 Hektar zu erweitern. Sehr wichtig für die Versorgung der Bevölkerung ist, daß die Anbaufläche der Ölfrüchte um 10 000 bis 14 000 Hektar vergrößert werden soll, was eine Mehrproduktion von Öl in Höhe von drei- bis dreieinhalbtausend Tonnen bedeutet. Besondere Aufmerksamkeit muß der Erweiterung des Anbaus von Zuckerrüben und von mehrjährigen Hülsenfruchtgewächsen gewidmet werden.

Der Viehbestand soll wie folgt erhöht werden:

	Stand am 31. 12. 1948	Ende 1949
Schweine	2 630 000 Stück	3 000 000 Stück
Rinder	2 883 000 „	3 180 000 „
Pferde	667 800 „	688 000 „
Schafe	723 000 „	905 000 „

Unseres Erachtens ist es möglich, bei normalen Witterungsbedingungen die Planziffern in bezug auf die Hektarerträge nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen. Man muß Schluß machen mit dem allgemeinen Gerede gegen die Bauern, das heute noch in vielen Städten, leider auch in manchen Parteiorganisationen, umgeht, und muß dazu übergehen, ernsthafte Maßnahmen zu treffen, damit den Neubauern, Kleinbauern und Mittelbauern und ihrer Organisation, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, ernsthaft geholfen wird.

Zur Vorbereitung unserer Parteikonferenz haben wir eine Reihe Fachkommissionen gebildet, denen Genossen aus den Landwirtschafts-abteilungen bei den Parteileitungen, SED-Genossen aus der VdGB und aus Genossenschaften angehört haben. Wir unterbreiten den werktätigen Bauern und der gesamten werktätigen Bevölkerung folgende Vorschläge zur öffentlichen Beratung und ersuchen die Deutsche Wirtschaftskommission um Stellungnahme dazu.